

Mannhofer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cötha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Bezugspreis:
Frei ins Haus durch Kurträger
Mk. 1.20 vierteljährlich.
Frei ins Haus durch die Post
Mk. 1.30 vierteljährlich.

Mit zwei Beiblättern:
Illustriertes Sonntagsblatt
und
Landwirtschaftliche Beilage.
Registere Nr. 14 749.



Verlag und Druck:
Günz & Eule, Rauhof.
Redaktion:
Robert Günz, Rauhof.

Wartungsbedingungen:
Für Inserenten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Bg. die fünfspaltige Zeile, an erster Stelle und für Anzeigen 12 Bg.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Mannhofer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigenannahme: Vormittags 11 Uhr am Tage des Erscheinens.
Nr. 52. Freitag, den 1. Mai 1903. 14. Jahrgang.

Wohnungsreform in Sachsen.

Das Königlich Ministerium des Inneren hat an die Kreisauptmannschaften einen Erlaß über die Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen erlassen, in dem es zum Schluß heißt: Die vorhandenen Mißstände können weder mit einem Schläge noch durch ein Mittel beseitigt, sondern nur im Laufe der Zeit und nur durch Bemühungen gemildert werden, welche bei allem Zielbewußtsein und inneren Zusammenhange doch Kleinarbeit der verschiedenen Stellen bleiben müssen. Wie an der Wohnungsfrage alle Stände bis herauf in den Mittelstand lebhaft beteiligt sind, so wird auch das notwendige Zusammenwirken umso gedeihlicher sein, je mehr sich die Ueberzeugung befähigt, daß auf dem Gebiete der Wohnungsweises wirtschaftliche, konfessionelle oder parteipolitische Gegensätze irgend welcher Art die zum Wohle des Vaterlandes notwendige gemeinsame Arbeit nicht zu hindern brauchen. Das Ministerium verkennt nicht, daß im Wege der behördlichen Verfügung sich nur einiges vor erreichen lassen. Hauptaufgabe der Behörden jeder Ordnung wird daher auch sein, die richtige Einsicht von der Bedeutung der Wohnungsfrage, die Erkenntnis der gegebenen Mittel und den guten Willen zur Abhilfe allenthalben zu fördern. Während die Gemeinden allgemein zu verständigen sind, können den Arbeitgebern, der gemeinschaftlichen Selbsthilfe und der Gemeinnützigkeit selbstverständlich in der Hauptsache nur Anregungen und gegebenen Falls Ratsschlüsse erteilt werden, deren Nutzen wesentlich mit davon abhängen wird, daß sie in der richtigen Art, zur richtigen Zeit und unter sorgfältiger Berücksichtigung des für die Beteiligten praktisch Möglichen und Wünschenswerten erfolgen. Die Erkenntnis der vorhandenen Mißstände ist der erste Schritt zur Besserung. Die Behörden jeder Ordnung wollen sich daher die zuverlässige und fortgesetzte Ermittlung der Wohnungsverhältnisse anlegen sein lassen. Insbesondere sollten auch volkreiche Gemeinden die Pflege einer förmlichen Wohnungsstatistik nicht vernachlässigen. Ueber den Stand des Wohnungsweises wünscht das Ministerium in Zukunft alle drei Jahre, jedoch beginnend am 1. Oktober 1904, von den Amtshauptmannschaften und Stadträten mit revidierter Städteordnung regelmäßig Bericht zu erhalten. In den Berichten, welche von den Kreisauptmannschaften zusammenzufassen und gutachtlich vorzutragen sind, ist darzulegen, ob und welche Mißstände vorhanden sind, insbesondere ob es an kleinen Wohnungen fehlt, ob die vorhandenen ungenügend, überfüllt oder zu teuer sind, worauf die Mißstände zurückzuführen, insbesondere ob ungelagerte Boden- oder Baupespekulation, sowie welche Abhilfsmassregeln ergriffen oder zu empfehlen sind, sei es im Wege der Bau- oder Wohnungspolizei oder der positiven Wohnungsfürsorge, insbesondere in welcher Weise im einzelnen dieser Verordnungen nachgegangen worden ist.

Ein neues Reichsdefizit.

Aus den für das Etatsjahr 1902/1903 vorliegenden Jollertragnisse ergibt sich ein Fehlbetrag von 17 Millionen gegenüber den Voranschlägen. Von offizieller Seite wird zu den Einnahmeergebnissen geschrieben: Aus den Verbrauchssteuern würden demnach der Reichskasse, der Zuckersteuer, Salzsteuer, Malzsteuer und Brausteuer außer den 130 Millionen Mark aus Zöllen und Tabaksteuer verbleiben, ein Weniger von 22,5 Millionen Mark erwachsen, denen ein Mehr von 2,8 Millionen Mark aus der Schaumweinsteuer gegenüberstehen. Des Weiteren wird die Brennsteuer in diesem Jahre ausnahmsweise der Reichskasse 3 Millionen

Mark zur Verfügung stellen, sodas also aus den Verbrauchssteuern ein Weniger von rund 17 Mill. Mark zu rechnen sein würde. Dazu kommen die Ergebnisse der Post- und der Eisenbahnverwaltung. Für beide liegen allerdings erst die Einnahmeergebnisse vor, nach denen bei der ersteren 3,7 Mill., bei der letzteren 0,2 Mill. Mark weniger vereinnahmt wurden, als im Etat vorgesehen waren. Demgemäß eröffnen sich auch hier keine erfreulichen Aussichten. Besser gestaltet sich das finanzielle Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich. Von den hierbei in Betracht kommenden Einnahmen haben die Branntweinverbrauchsteuer und die Reichsstempelabgaben auch jede ein Weniger gegen den Etat, jene von 2,4 diese von 5,7 Mill. Mk. ergeben, dem Gesamtweniger von 8,1 Mill. Mk. steht aber das Mehr von 12,4 Millionen Mark bei den Zöllen und der Tabaksteuer gegenüber, so daß den Einzelstaaten für 1902 an Ueberweisungen rund 4 Millionen Mark mehr ausgerechnet werden können, als im Etat vorgesehen war. Man wird allerdings nicht vergessen dürfen, daß für 1902 die Materialumlagen mit 24 Millionen Mark über die Ueberweisungen in den Etat eingeleitet sind, daß also auch noch dem oben geschätzten Ergebnisse für 1902 die Einzelstaaten immer noch 20 Millionen Mark mehr an das Reich zu zahlen gezwungen sein werden, als sie von ihm heraus erhalten.

Ein Schweizer Armeestandal.

In der Schweiz ist soeben der „Waffenchef der Kavallerie Oberst Markwalder wegen grober Unredlichkeiten im Remontewesen zum Rücktritt gezwungen worden. Die „Zürcher Post“ macht darüber folgende Aufsehen erregenden Mitteilungen:
„Es ist jetzt kein Geheimnis mehr, daß Oberst Markwalder nicht, wie einzelne Zeitungen meldeten, „der vielen Anfeindungen müde“, also freiwillig seine Entlassung genommen hat. Die wirklichen Gründe beziehen sich auf Handlungen des Obersten Markwalder in seinem Verkehr mit dem Zentralremontedepot. Bei einigem Wohlwollen pflegt man in solchen Fällen von „schmutzigen Geschäften“, zu sprechen; wir lassen sie unerörtert. Für unsere Untersuchung kommt nur die Entwicklung in Betracht, die der Handel genommen hat, und die Erledigung, die man ihm gab. Dem Waffenchef der Kavallerie war hinterbracht worden, daß der Rechnungsführer des Remontedepots da und dort über die jetzt bekannt gewordenen Praktiken seines Chefs (Markwalder) Andeutungen gemacht habe. Daraus wurde dieser Beamte nach dem Antrag des Waffenchefs zur Disposition gestellt. Da ihm diese Maßregelung ohne jede Begründung mitgeteilt worden war, sprach der Rechnungsführer zu seiner Verteidigung auf dem Departement vor. Das führte zur Aufdeckung. Die darauf folgende Untersuchung durch den Departementschef, bei der noch zwei andere Beamte des Remontedepots vernommen wurden, ergab die Richtigkeit der Anklage. Das alles spielte sich in den Tagen vor und nach der Interpellation im Nationalrat ab, bei deren Beantwortung der Departementschef den Obersten Markwalder seiner bedingungslosen Hochschätzung versichert hatte. Diese Hochschätzung konnte nun nicht mehr lange stand halten; einige Tage später wurde Oberst Markwalder gezwungen, seine Entlassung zu nehmen. Sie wurde ihm „unter Dankagung für die geleisteten Dienste“ erteilt.
Die Beamten des Remontedepots, Ankläger und Zeugen, wurden ebenfalls mit Strafe belegt, weil sie sich gegen die unred-

lichen Vorgehensweisen ihres Chefs nicht aufgelehnt hatten. Der Rechnungsführer erhielt seine Entlassung, die beiden anderen wurden zur Disposition gestellt. . . Der Intimus des Obersten Markwalder, der Oberkriegskommissar Kessler hat gerade von den belästigten Angehörigen seines Freundes auch Kenntnis gehabt. Noch weit eher als die Beamten des Remontedepots war er verpflichtet, einzuschreiten. Er hat es unterlassen. . . In Anbetracht seiner Stellung als Chef der Abteilung, die das ganze militärische Rechnungswesen zu beaufsichtigen und zu prüfen hat, steht er tadelnswerter da als die abhängigen Unterbeamten.

In diesem Handel ist also folgende Entscheidung getroffen worden: Der Waffenchef der Kavallerie wird wegen unredlicher Handlungen zum Rücktritt gezwungen; seine Vergehen sind so ernster Natur, daß es geboten erscheint, drei seiner Unterbeamten mit ihm zur Verantwortung zu ziehen, weil sie sich ihrem Chef nicht widersetzt und der Oberbehörde nicht sogleich Meldung gemacht haben. Der Waffenchef nun erhält die Entlassung unter Dankagung für die geleisteten Dienste; die drei Unterbeamten aber werden bestraft am härtesten der Anklage. Der eingeweihte und wegen seiner Stellung in oberster Linie verantwortliche Oberkriegskommissar, der gegen seine Amtspflicht die Meldung verweigerte, geht frei aus.

Der Leipziger Bierkrieg.

Der Bierkrieg, den die Zeitung der sozialdemokratischen Partei gegen die Mitglieder des Brauereivereins Leipzig erklärt hat, weil diese ihnen nicht zu einer Reihe von Sälen in sozialdemokratischen Wahlversammlungen verbleiben wollen, dauert unverändert fort, ja es scheint sogar, als ob er noch heftiger entbrennen sollte. Das sozialdemokratische Organ, die „Leipziger Volkszeitung“, gibt gestern an hervorragender Stelle die Mitglieder des Brauereivereins Leipzig und als Gegenlag dazu zwei in der Umgebung Leipzigs gelegene Brauereien bekannt, welche letztere dem Ring nicht angehören. Damit ist der Bierkrieg gegen die Produkte von 56 Brauereien erklärt. Gegen diesen Bierkrieg erläßt der Brauereiverein Leipzig (S. m. b. H.) eine ausführliche Erklärung, welcher wir folgendes entnehmen: „Die Art und Weise, in welcher dem Brauereiverein zugemutet wurde, innerhalb weniger Stunden nicht nur von den wiederstrebenden, sondern auch von anderen vorher nie genannten Saalinhabern, gleichzeitig mit welchen Mitteln, Zugagen zu erzwingen, und von den Aktienbesitzern „Zoologischer Garten“, „Zentral-Theater“ und „Krisall-Palast“, auf deren Haltung die Brauereien, wie allgemein bekannt ist, nicht den geringsten Einfluß haben, die dauernde Vergabe ihrer Säle zu erwirken, zeigt deutlich, daß es der sozialdemokratischen Partei nur darauf ankam, einen Streik vom Jaune zu brechen, und auf Kosten der wirklich nicht auf Rosen gebetteten, unter den Verhältnissen schwer leidenden unbeteiligten Wirte, des einheimischen Brauwesens und der darin beschäftigten Arbeiter zum Austrag zu bringen. Auf welcher Seite das moralische Recht ist, und ob dafür spricht, daß, nachdem alles Mögliche von uns getan war, wissentlich Forderungen an uns gestellt wurden, die nach Form und Inhalt unerfüllbar waren, können wir dem Urteile der Gesamtbevölkerung und namentlich der Arbeiterschaft überlassen.“

Rundschau.

— Prinz Heinrich wird als zukünftiger Chef der Marinestation der Ostsee bezeichnet. Der jetzige Inhaber der Stelle, Admiral v. Köster, wird voraussichtlich Generalinspektor

der Marine bleiben. — Ueber die Lage des internationalen Arbeitsmarktes äußert sich die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ folgendermaßen: Ist auch die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland nach keineswegs befriedigend, so ist sie doch merklich besser, als in den meisten andern Industrieländern. In Deutschland ist, gegenüber dem Vorjahre, sicherlich eine erhebliche Besserung eingetreten, während in Frankreich und England die Lage des Arbeitsmarktes ungünstiger ist, als im Vorjahre. Während im März 1902 in England die Arbeitslosenziffer nur 3,7 v. H. betrug, stellte sie sich in diesem Jahre auf 4,3 v. H. Immerhin rechnet man auch in England schon mit einer allmählichen Besserung des Beschäftigungsganges. In Frankreich ist mit dem Beginn des Frühjahrs die Arbeitslosigkeit gefallen. In Belgien hat sich der Beschäftigungsgrad auf den Höchstwert sehr gehieft, teilweise wird sogar über Mangel an Arbeitskräften geklagt. In den Vereinigten Staaten ist die Lage des Arbeitsmarktes nicht mehr so günstig wie bisher. Die vielen Ausfälle in den verschiedenen Zweigen der Industrie brachten längere Unterbrechungen der industriellen Tätigkeit mit sich, die sowohl den Arbeitgebern, wie den Arbeitern empfindlichen Schaden zufügten.

— Das Reichsgericht verwarf die Revision der zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilten früheren Münchener Stiftsoberin v. Feusler.

— Im Treberprozeß hat die Staatsanwaltschaft nunmehr auch gegen den früheren zweiten Direktor Hellmann der Trebertrachtungs-Gesellschaft Anklage wegen Betrugs erhoben. Die Verhandlung findet zugleich mit derjenigen gegen den ersten Direktor Schmidt in Rassel statt.

— Nach den bisherigen Ermittlungen sind während des letzten Unwetters 83 Schiffe untergegangen, 246 beschädigt und auf See 223 Personen ertrunken. Bei dem Unwetter sind ferner im Lande 194 Personen durch Ertrinken, Verirren und andere Unfälle umgekommen.

— Schlimme Nachrichten bringt die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ in ihrer letzten Nummer: Chefarzt Dr. Hartmann-Königschütter vom Knappschaftsbereits Oberchlefen hat einige Tage im Ruhrgebiete arbeitslos zur Information über die **Burmkrankheit**. Sachverständige haben ihm mitgeteilt, daß zur Zeit ungefähr 20 000 Ruhrbergleute von der Burmkrankheit befallen sind. Der Burm soll auch nach Oberschlesien weitergeschleppt worden sein.

— Die Beschäftigung bei der Firma Krupp in Essen war in der letzten Zeit eine mittelmäßige. Soeben erhielt die Firma von der Marineverwaltung den Auftrag auf Lieferung von Schiffsmaterialien in Höhe von 11 Mill. Mk.

— Vom toskanischen Hofe wird die Meldung, der Kronprinz von Sachsen habe der Prinzessin Luise aus eigenen Mitteln eine Jahresrente von 30 000 Mk. ausgesetzt, widersprochen. Die 30 000 Mk. seien nur die Zinsen der eingebrachten Mitgift. Eine Ausdehnung des Großherzogs mit der Prinzessin hat nicht stattgefunden.

— Wie die neue „B. Korresp.“ zu wissen glaubt, verzichtet der Reichskanzler darauf, die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes im Bundesrat einzubringen, da wenig Aussicht für die Annahme der Vorlage vorhanden ist.

— Köln. Die „Köln. Ztg.“ veröffentlicht eine eingehende Darstellung der bei der Pforte herrschenden Stimmung, derzufolge die Lage sehr ernst ist. Die Mächte seien entschlossen, den Armuten ihre Gewalt fühlen zu lassen; falls hierfür der Arm der Türkei nicht ausreichte, werde man andere arbeiten lassen, wobei zunächst Rußland, wie Oester-

Wahl
reitspferden
ulspferde.
Mutterstalle
unhof.
en
ag
ittellung
tage an
senden.
ohne jede
find
heute:
100 110 120
1050, 12, 14.
weber?
ern und
Küchen-,
und bunt,
nen- und
portofrei.
er
Kaufz.
rten
chienen.
Eule.
ms, durch
laen oder
ung
nen vor-
et. Ke ist
el, der
eine.
unden
ange-
terwein
von ver-
le Neu-
Beklem-
hidolc-
erhold-
n bebrü-
schung
in Magen
ung
und eines
erbreier
hissen
geht der
liger den
nig an,
ren und
zu und
aben.
Köln, 8
schlands
wehn.
Malaga-
schacht
Kölnian-